

«Wir werden das Budget 2019 einhalten»

GPK-Affäre Nachdem ein Bericht der GPK mit zahlreichen Rechnungen aus Aurelia Fricks Ministerium neue Fragen aufwarf, lud die Regierungsrätin gestern kurzerhand Radio L, das «Vaterland» und das «Volksblatt» ein, um sich deren Fragen zu stellen. Die wichtigsten Vorwürfe sind hier zusammengefasst.

VON DAVID SELE

Um ein Foto zu machen, wurde eine Stylistin aus Zürich nach Vaduz bestellt. Kostenpunkt: 641.60 Franken. Laut Frick handelt es sich dabei um einen Termin, an dem offizielle Pressefotos geschossen wurden. Die besagten Fotos legt sie den Journalisten vor. Dieser Termin werde circa einmal jährlich gemacht. Dabei handle es sich um ein mehrstündiges Fotoshooting an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Outfits. Diese Fotos würden dann eingesetzt, wenn irgendwo ein Foto von der Regierungsrätin benötigt wird - zum Beispiel ausländischen Journalisten zur Verfügung gestellt.

Warum eine Stylistin aus Zürich und nicht aus Liechtenstein?

Laut Frick habe sie bei diesem Termin in der Vergangenheit immer wieder mit Liechtensteiner Unternehmen zusammengearbeitet. Im Jahr 2018 sei dies jedoch aus terminlichen Gründen nicht möglich gewesen.

Aber machen das die anderen Regierungsglieder auch so?

Diese Frage könne sie nicht beantworten. Frick hielt aber fest, dass es normal sei, dass bei einem professionellen Fototermin auch ein Stylist vor Ort ist. Wichtig sei zu wissen, dass «diese Person mich weder geschminkt, noch frisiert hat. Sie unterstützte mich und den Fotografen darin, dass die Fotos gut werden», so Frick.

Regierungsglieder erhalten jährlich einen Pauschalbetrag für Repräsentationskosten von 12 000 Franken. Wäre das nicht genau dafür gedacht?

Dieser Ansicht ist Frick nicht. Die Pauschalspesen seien für alltägliche Aufwände, die sie auch stets selbst bezahle.

Seit Beginn der GPK-Affäre dementierten Sie, dass es Aufwendungen für Stylingberatung gegeben hat. Warum sagten Sie nie etwas von dieser Rechnung?



Regierungsrätin Aurelia Frick lud gestern Radio L, das «Vaterland» und das «Volksblatt» ein, um deren Fragen zum neuen GPK-Bericht zu beantworten. (Foto: ZVG/Tatjana Schnalzer)

Frick erklärt, ihr sei vorgeworfen worden, auf Staatskosten einzukaufen oder zum Friseur gewesen zu sein. Das sei jedoch nach wie vor Unsinn. Eine Person, die einen einmal im Jahr durch einen professionellen Fototermin begleitet, sei auch keine Stylingberaterin, denn damit, was Frick anzieht, habe die Stylistin schlicht nichts zu tun.

Eine Rechnung belegt, dass Sie Ihr Büro haben streichen lassen und ein Schreiner einen neuen Schrank mit Spiegel eingebaut hat.

Frick bittet die Journalisten ins Nebenzimmer - das Sekretariat. Gestrichen worden sei in diesem Zimmer, weil die Wand vergilbte Ränder gehabt habe. In diesem Zimmer steht auch der besagte Schrank. Ein kleiner Einbauschränk in schlichtem Grau, links und rechts der Eingangstür. Der alte Schrank aus den 70er-Jahren habe gelottert und sei deshalb ausgetauscht worden. Im Nebenraum lässt sich ein solches Modell noch besichtigen. Dann öffnet Frick die Schranktür, um den Spiegel zu zeigen. Rahmenlos, circa 20 mal 50 Zentimeter breit, hängt er an der Innenseite der Tür.

Aber warum wird so was über das Konto «Experten, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit» abgerechnet? Das ist doch eindeutig ein Kostenpunkt, der beim Amt für Bau und Infrastruktur verbucht werden müsste.

Frick gibt zu, dass dies wohl richtig gewesen wäre. Allerdings seien kleinere Aufwendungen auch früher so abgerechnet worden. Bemängelt worden sei aber bislang nichts, auch wenn ihr bewusst sei, dass die Finanzkontrolle nur Stichproben durchführt. Es könne im Alltag ja passieren, dass etwas über das falsche Konto verbucht wird. «Das heisst aber sicher nicht, dass man etwas verstecken will. Wir werden aber künftig sicher noch mehr darauf achten, so was zu vermeiden. Die Verantwortung liegt am Ende nämlich klar bei uns», sagt Frick.

Die Kontaktkomponisten verrechneten monatlich 800 Franken für «Betreuung Facebook-Account». Im April 2018 sagten Sie im «Volksblatt», Ihre Mitarbeitenden würden Beiträge verfassen und posten.

Dies sei auch richtig. Die Betreuung der Kontaktkomponisten sei weitreichender gewesen. «Es ging um strategische Fragen oder auch um die Beantwortung von Anfragen, die über die Seite eingingen. Nicht nur darum, ein Foto hochzuladen und paar Sätze dazuschreiben», sagt Frick.

Noch immer irritierend ist dabei der Begriff «politische Beratung» (1800 Franken pro Monat).

Dies sei ein «unglücklich gewählter Begriff», so Frick. Die Kontaktkomponisten hätten analysiert, wie die Kommunikation des Ministeriums in

der Öffentlichkeit ankommt und anstehende strategische Projekte besprochen. Seit Kontaktkomponisten-Chef Marcus Vogt FBP-Präsident wurde, sei die Zusammenarbeit aber beendet worden. Nun würden diese Arbeiten wieder intern erledigt. Dies sei im vergangenen Jahr nicht möglich gewesen, weil im Ministerium eine Stelle vakant war. «Seit drei Wochen ist diese nun wieder besetzt», so Frick.

Werden Sie Ihr Budget 2019 also einhalten?

«Übergreifend über die Ministerien Äusseres, Justiz und Kultur werden wir das Budget für 2019 sicher einhalten. Auch Reisekostenbudget», verspricht Aurelia Frick.

Warum sind Ihre Hotelkosten laut Finanzkontrolle höher als bei anderen Ministerien?

Frick nimmt Bezug auf die höchste Hotelrechnung 2018: Kempinsky München, rund 1800 Euro pro Nacht. Dies sei anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz gewesen. Zuvor hatte Frick einen schweren Skiunfall und durfte eigentlich nicht aufstehen. Kurzfristig habe man dennoch die Entscheidung gefällt, daran teilzunehmen, weil ein einmaliger Redeplatz angeboten wurde. «Eine enorm gute Gelegenheit, Liechtenstein zu vertreten», so Frick. Entsprechend sei die Hotelwahl aber begrenzt gewesen, und man habe sich dann eben für jenes entschieden. Schlussendlich sei es ein Abwägen der Kosten und des Nutzes einer Teilnahme. Sonst würden keine solchen Preise bezahlt.

Regierungsglieder fliegen in Europa normalerweise Economy. Vorgeschrieben ist das zwar nicht, aber warum fliegen Sie öfters Business?

Frick erklärt, weil sie als Aussenministerin sehr oft reisen müsse, sei sie gezwungen entsprechend viel Arbeit unterwegs zu erledigen. «Da müssen wir auch die Zeit im Flieger nutzen und in der Businessclass haben wir dazu die notwendige Privatsphäre - nicht mehr Luxus», so Frick.

Warum haben Sie eine blaue Babydecke mit Kronen drauf im Hoi-Laden gekauft? (49 Franken).

Aurelia Frick: «Das war ein Geschenk für einen ausländischen Politiker. Ich finde ein persönliches Geschenk schöner, wenn ich zum Beispiel weiss, dass jemand Enkel bekommen hat. Also besser eine Babydecke aus dem Hoi-Laden als einen 300-Franken-Kugelschreiber.»

Ein GPK-Mitglied hegte laut Protokoll den Verdacht, Sie wollten eine Frauenpartei gründen: Haben Sie Hoi-Quote-Mitgliedern eine Beratung spendiert?

«Natürlich nicht», sagt Aurelia Frick. Der Verdacht habe wohl daher gerührt, dass eine geschwärtzte Stelle der Begriff «Frauengruppe» war. Dabei handle es sich um Mitarbeitende des Ministeriums sowie einer externen Person, die sich mit der Frage befasst hätten, warum wenig Frauen den Weg in die Politik wagen. Man habe sich damit beschäftigt, wie Themen des Ministeriums anders kommuniziert werden könnten.

Laut GPK hat Frick an einer Pressekonferenz gelogen, als sie sagte, dass auf Detaillisten «nur Vor- und Nachnamen» geschwärzt wurden.

«Es war unpräzise», bekräftigt Frick und bestätigt einen Bericht des «Volksblatts»: Es wurden auch Personengruppen (wie zum Beispiel die Bezeichnung «Frauenteam») geschwärzt. Der GPK seien die Namen aber mitgeteilt worden. «Und alle anderen auch. Der Vorsitzende hat die ungeschwärzte Liste in den Händen gehalten, wir sind die Listen mit der GPK gemeinsam durchgegangen und sie haben mitgeschrieben», so Frick.

Was ist nun Ihre Strategie für die Sondersitzung des Landtages? Ihnen droht ein Misstrauensvotum.

«Mit mir kann jeder reden. Wie wir heute hier. Ich habe zu jeder Rechnung eine ehrliche und transparente Antwort», sagt Frick. Es gebe daher nur eine Strategie: «Transparenz und nichts anderes als das.»

Ärzttekammer und LKV einigten sich endlich auf einen Taxpunktwert

Tarifvertrag Weil sich Ärztekammer und Krankenkassen bei der Einführung des Tarmeds nicht auf einen Taxpunktwert einigen konnten, legte die Regierung diesen bei regional üblichen 83 Rappen fest. Nun erzielten die Verbände eine Einigung.

Wenn auch überschattet von den Ereignissen rund um den «OKP-Streit», wurde mit dem Inkrafttreten des revidierten Krankenversicherungsgesetzes (KVG) am 1. Januar 2017 in Liechtenstein die gesamtschweizerische Tarifstruktur eingeführt. Der sogenannte Tarmed ist aber nicht alleine für die Abrechnung von ambulanten ärztlichen Leistungen massgebend. In diesem Rahmen müssen der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) und die Ärztekammer zusätzlich einen Taxpunktwert sowie weitere Bedingungen und Auflagen aushandeln.

Die beiden Tarifpartner konnten sich allerdings nicht auf einen Taxpunktwert einigen. In einem solchen Fall tritt die Regierung auf den Plan. Wie im Gesetz vorgesehen, legte diese den Taxpunktwert schliesslich am 1. Januar 2017 per Verordnung auf 83 Rappen fest. Dabei orientierte sie sich am Ostschweizer

Niveau. Der bestehende Tarifvertrag aus dem Jahr 2015 wurde mehrmals verlängert, Ende Juni läuft die Gültigkeit aus.

Neue Einigung, selber Wert

Die beiden Verbände haben nun endlich einen neuen Tarifvertrag beschlossen, der ab 1. Juli 2019 gelten soll. Diesen genehmigte die Regierung in ihrer Sitzung vom Dienstag, wie das Ministerium für Gesellschaft am Mittwoch mitteilte. In weiterer Folge hob die Regierung ausserdem die Verordnung auf, welche damals den Taxpunktwert festlegte. Die Ärztekammer konnte sich mit ihrer Forderung nach einem höheren Taxpunktwert offensichtlich nicht durchsetzen, dieser bleibt auch in dem nun ausgehandelten Vertrag auf dem regional üblichen Niveau von 83 Rappen. Warum die Verhandlungen mehr als zwei Jahre dauerten und nun schlussendlich im selben Taxpunktwert wie von der Regierung vorgeschlagen resultierten, beantworteten die beiden Verbände gestern auf «Volksblatt»-Anfrage nicht.

Mit dem neuen Tarifvertrag in Abstimmung zu bringen, ist die geltende Qualitätssicherungsvereinbarung zwischen Krankenkassenverband und Ärztekammer von 2009. Die Verbände wurden gemäss Regierung aufgefordert, eine überarbeitete Vereinbarung vorzulegen. (red/ikr)

100 Tage in Betrieb

Clinicum Alpinum: Langsam kehrt Alltag ein

GAFLEI Mitte Mai hat die Privatklinik auf Gaflei eröffnet, die ersten Patienten haben mittlerweile ihre Zimmer bezogen und es ist Alltag eingekehrt. «Langsam können wir die Projektphase abschliessen und uns unseren Abläufen und unseren «richtigen» Tätigkeiten widmen», resümiert Klinikleiterin Michaela Risch über die ersten paar Monate des Betriebes.

25 Betten in Betrieb

Künftig sollen bis zu 250 Patienten pro Jahr in der Klinik behandelt werden. Derzeit ist das Clonicum Alpinum mit 25 Betten in Betrieb und verzeichnet eine Auslastung von 40 Prozent. «Wenn sich Anfragen und Anmeldungen weiterhin so entwickeln, gehen wir bald mit allen 50 Betten in Betrieb. Dazu stocken wir dann auch unseren Personalbestand auf», gibt Risch einen Ausblick. Der Grossteil der Patienten stamme aus Liechtenstein, Österreich und der Schweiz. Neben der Behandlung von Menschen, die an einer Depression erkrankt sind, der Schlafklinik und der Sportpsychiatrie sollen künftig weitere Angebote folgen. Michaela Risch: «In naher Zukunft werden wir evaluieren, ob und in welcher Form wir ein Angebot für Frauen vor, während oder nach der Schwangerschaft integrieren können. Sowohl aus der ambulanten Praxistätigkeit aber auch bereits nach den ersten Monaten hier im Betrieb haben wir immer mehr Anfragen von betroffenen Frauen erhalten.» Zu-



Michaela und Marc Risch, Inhaber der Privatklinik auf Gaflei. (Foto: Paul Trummer)

dem werde das Therapieangebot mit dem Angebot des Waldbadens ergänzt.

Mit Versicherungen im Gespräch

Da die Privatklinik kein Listen- und auch kein Vertragsspital ist, erfolgen die Abrechnungen direkt mit den Versicherungen. «Im Clonicum Alpinum werden erwachsene Personen mit einer Privat- oder Halbprivat-Zusatzversicherung behandelt sowie Selbstzahler», erklärt Michelle Posch, verantwortlich für Marketing

und Kommunikation im Clonicum Alpinum. Ebenso würden Patienten mit einer allgemeinen Versicherung oder mit einer Zusatzversicherung «Allgemein ganze Schweiz» aufgenommen - die Differenz zwischen Grundversicherung und dem gültigen Tarif müsse jedoch in diesem Fall vom Patienten selbst finanziert werden. Aktuell sei die Klinik mit einigen Versicherungen im Gespräch, mit der Concordia konnte laut Posch bereits eine Kooperation abgeschlossen werden. (sb)